

II- 3368 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1590 IJ

1991-09-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Dr. Schmidt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Baumpflanzungen an Grundstücksgrenzen

Immer wieder kommt es - vor allem in Einfamilienhaussiedlungen - zu Streitigkeiten zwischen Nachbarn im Zusammenhang mit der Be-pflanzung der Grundstücke. Insbesondere die Beschattung durch an der Grundstücksgrenze angepflanzte hohe Bäume und die Kosten für das notwendige Abschneiden überhängender Äste stellen häufige Konfliktpunkte dar.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

1. Halten Sie die bestehenden Regelungen für ausreichend, um Grundstückseigentümer dagegen zu schützen, durch Anpflanzungen auf Nachbargrundstücken eine unzumutbare Beschattung ihrer Liegenschaft hinnehmen zu müssen? Wenn ja, aus welchen Gründen? Wenn nein, welche Änderungen der bestehenden Rechtslage erschienen Ihnen sinnvoll?

2. Halten Sie es für wünschenswert, den Eigentümer eines Baumes dazu zu verpflichten, die Kosten für das Abschneiden der die Grundstücksgrenze überragenden Äste zu bezahlen? Wenn nein, warum nicht?

Wien, am 17. September 1991

fpc204/107/jbaumpflanz.hai